

Stand: 09.06.10.2014

Caritasdirektor Hartmut Fritz
Caritasverband Frankfurt am Main

Es gilt das gesprochene Wort

Festrede:

**40 Jahre Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen
e.V.**

anlässlich

des Festaktes im Rahmen des Jubiläumsfestes der LAG

14. Juni 2014

Gießen, Nordstadt, Reichenbergerstraße

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bewohnerinnen und Bewohner,

ich habe mich sehr gefreut als der aktuelle Vorstand der LAG mich angefragt hat, ob ich mir vorstellen könnte, zum 40 jährigen Jubiläum eine Festrede beizusteuern. Es erfüllt mich immer noch mit Stolz ein Teil der bewegenden Geschichte der LAG zu sein und gemeinsam mit vielen, vielen anderen engagierten Menschen zu den Verbesserungen in den sozialen Brennpunkten beigetragen zu haben. Gleichzeitig ist es aber auch eine schwierige Aufgabe, all die wichtigen Meilensteinen, die engagierten Personen, die vielfältigen Erfahrungen, die Eindrücke und Erlebnisse aus 40 Jahren LAG in die 25 Minuten unterzubringen, die man mir zugestanden hat.

Meine eigene Berufsbiographie ist eng mit der LAG und meiner Arbeit in einer Limburger Siedlung verbunden. Vieles, was ich vor Ort und auf Landesebene als 1.Vorsitzender der LAG gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohner sowie den vielen Partner erfahren, entwickelt und erreicht habe, prägt auch noch heute meine beruflichen Alltag und mein Selbstverständnis als Direktor des Caritasverbandes in Frankfurt.

Heute ist ja in der sozialen Stadtteilentwicklung und sozialen Arbeit viel von Innovation und neuen Modellen die Rede. Aber ein Blick in die Geschichte der LAG und der sozialen Brennpunkte in Hessen zeigt: Nicht alle alles, was einem heutzutage als neu verkauft wird ist, es tatsächlich auch. Vieles baut auf den langjährigen Erfahrungen der Brennpunktarbeit auf, nutzt dieses Vorwissen und passt es an die neuen aktuellen Herausforderungen an. Deshalb lohnt sich auf jeden Fall ein Blick zurück in Geschichte:

2. Alleinstellungsmerkmal der LAG

Fast auf den Tag genau vor 40 Jahren auf einer zweitägigen landweiten Tagung am 15. und 16. Juni 1974 in Neuweilnau im Taunus wurde die LAG gegründet. Damals haben sich Menschen aus den sozialen Brennpunkte, Sozialarbeiter, Studenten und Bürgerinnen und Bürger zusammengefunden, um gemeinsam gegen Armut und Ausgrenzung vorzugehen. Man kann fast von einer landesweiten Bürgerinitiative zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen in Armutsquartieren sprechen. Dieses Zusammenwirken von Betroffenen, Professionellen und bürgerschaftlich Engagierten ist sicherlich bis heute ein Alleinstellungsmerkmal der LAG gegenüber vielen anderen Landesarbeitsgemeinschaften, die sich zu dieser Zeit oder später zu anderen Themen gegründet haben. Dabei ist und war die Ausrichtung an der Lebenswelt der gesellschaftlich benachtei-

ligten Menschen eine zentrale Besonderheit und Stärke der LAG. Die Menschen in ihren Anliegen ernst zunehmen, ihre Selbstorganisation, das gemeinschaftliche Handeln zu stärken, die betroffene Bevölkerung als Experten ihrer Lebensumstände in die Veränderungsprozesse miteinzubeziehen, ist bis heute eine grundlegende Handlungsprinzip der LAG. Es ging immer darum, notwendige Veränderungen und Verbesserungen entlang den tatsächlichen Bedürfnissen und Willensbekundungen der betroffenen Menschen zu entwickeln. Maßnahmen und Verbesserungen sollten nicht auf den Phantasien von gut meinenten Mittelschichtbürgern oder der städtischen Verwaltung über die Lebensverhältnisse basieren, sondern nur im engen Schulterschluss mit den Bewohnerinnen und Bewohner umgesetzt werden.

3. Ausgangssituation in den Sozialen Brennpunkten

Dies war aus unserer Sicht auch gar nicht anders möglich. Die zahlreichen negativen Erfahrungen mit den kommunalen Behörden, die Lebensumstände in den Schlicht- und Einfachstunterkünften, die Perspektivlosigkeit, das Gefühl, auf das Abstellgleis am der Rande der Gesellschaft geschoben zu sein, hat die Grundstimmung der Menschen in den Siedlungen geprägt und ihr Misstrauen gegenüber aller Bevormundung bestärkt.

Aus heutiger Sicht sind die damaligen Zustände, für die die nicht selbst dabei waren, kaum noch vorstellbar. Die Lebens- und Wohnverhältnisse in den hessischen Obdachlosenquartieren in den 60er und 70er Jahren waren menschenunwürdig, entwicklungshemmend, stigmatisierend und gesundheitsgefährdend. Ein Ausstieg aus dieser Armut- und Ausgrenzungsfalle war für die dort lebenden Menschen kaum vorstellbar. Denn Teilhabemöglichkeiten am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben waren nicht vorhanden. Das Leben in engen, feuchten und verschimmelten Schlichtbauten ohne ausreichende sanitäre Anlagen, Heizung und Isolierung ist unzumutbar. Bürgerinnen und Bürger wurden gemeinsam mit engagierten Studenten auf die Missstände in den Elendsquartieren aufmerksam und sind erschüttert. Es werden erste Initiativen den Siedlungen, u.a. in Gießen auf der Margaretenhütte und am Eulenkopf, in Marburg „Am Krekel“ und im Wiesbadener „Mühltal“ gestartet. Hochschulprofessoren, wie Horst-Eberhard Richter in Gießen oder Gerd Iben in Marburg aktivierten weitere zivilgesellschaftliche Kräfte, entwickelten erste pädagogische Förderkonzepte und beteiligten sich an ersten landesweiten Treffen zum Erfahrungsaustausch.

Die Kinder waren von dieser Situation in den Baracken und Notunterkünften besonders massiv betroffen. Der Weg in eine zukünftige Armut und Chancenlosigkeit schien bereits vorge-

zeichnet. Die Sorge um die Kinder („Unsere Kinder gehen hier vor die Hunde“) war daher vordringlicher Anlass für Veränderungen. Insofern waren erste Interventionen darauf angelegt, den Kindern und Jugendlichen über ehrenamtliche Angebote z.B. durch Hausaufgabenhilfe und Spielnachmittage bessere Bildungsperspektiven zu bieten.

4. Exkurs: Veränderungswille vor Ort und strategische Partner

Heute wie damals waren zwei Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung in den Brennpunkten von entscheidender Bedeutung:

- 1) Es braucht Initiativen vor Ort im Quartier, in der Siedlung, von Menschen, die etwas bewegen wollen, Verbesserungen für ihren Stadtteil, ihre Nachbarn, ihre Kinder oder für sich selbst erreichen wollen. Ich bin heute noch beeindruckt, wie kämpferisch und engagiert – sich viele Bewohnerinnen und Bewohner trotz ihrer unfassbar aussichtslosen Lage und persönlicher Existenzbedrohung in ihren Siedlungen und auf Landesebene mit vielfältigen Aktionen und Demonstrationen, aber auch solidarischer hessenweiter Unterstützung anderer Bewohner und Quartiere für Verbesserungen eingesetzt haben. Namen: Irma Karb, Hannes Wenzel, Lorenz Ried etc.

In der Regel sind es die Frauen, die ein starkes Interesse an Veränderungen haben und sich daher besonders aktiv mit ihren Kompetenzen und großes Engagement einbringen. „Wir Weiber machen’s ja doch“, war ein zentraler Slogan, der die besonderen Anforderungen an die Frauen in den Siedlungen auf den Punkt bringt. Die Frauenbildungstagungen der LAG waren daher immer Orte, in denen Frauen sich Impulse, Unterstützung und Kraft für das Alltagsleben und das Engagement in den Siedlungen. Insofern ist es nicht verwunderlich und ein sichtbarer Erfolg der Arbeit, dass die Frauen auch heute noch im landesweiten Zusammenschluss gegenüber Landespolitik für eine Fortführung der Bildungsarbeit einsetzen und in Wiesbaden persönlich ihre Forderungen vortragen. Sollte die ganze Rhetorik zu ehrenamtlichen Engagement und „Bildungsland Hessen“ in der Koalitionsvereinbarung ernstgemeint sein, so ist es wieder an der Zeit, die Frauenbildungsarbeit in den Siedlungen und auf landesweiten Tagungen auch finanziell zu unterstützen. Womit ich bei der zweiten zentralen Rahmenbedingung wäre:

- 2) Und es braucht auf der anderen Seite strategische Partner in der Landesverwaltung, in den kommunalen Behörden, bei Universitäten, der Wohnungsunternehmen oder den Träger der sozialen Arbeit. Diese Partner sind wichtig, damit dass, was an Engagement, Willen und Veränderungsbereitschaft

vorhanden ist, gestärkt, befördert, ermöglicht wird. Es war wichtig, diese mutigen Personen in Politik und Verwaltung zu haben und zu finden, die sich aktiv und konfliktbereit für eine Überwindung der Armut und den vorhandenen Benachteiligungen eingesetzt haben. Als besonders eindrücklich sind mir dabei aus der Anfangszeit Dr. Horst Schmidt, der damalige hessische Sozialminister, Reinhold Lorenz vom Landesjugendamt, Dr. Schäfer, langjähriger Förderreferent im Sozialministerium mit ihrem Einsatz für die benachteiligten Quartiere in Erinnerung geblieben.

Der im Januar 1973 veröffentlichte der Hessische Sozialminister seinen Erlass „Hilfen für Obdachlose, Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen in Hessen“ war ein wichtiger Einschnitt. Diese Empfehlung des an die Kommunen und Landkreise schafft einen wichtigen Handlungsrahmen für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten und brachte - nicht zuletzt wegen seiner begleitenden Finanzierungsrichtlinien – in den Folgejahren erste erkennbare Verbesserungen in die Siedlungen.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist der Politikwechsel in Hessen im Jahr 1983 zu Rot-Grün. Lange von der LAG geforderte Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung in den Siedlungen konnten endlich realisiert werden. Neue landespolitische

Programme stärken und qualifizieren die Arbeit in den Siedlungen und führen auch zum Auf- und Ausbau der Geschäftsstelle. Die bis dahin stark von ehrenamtlichen, aber prekären Engagement und Selbstausbeutung geprägte Arbeit bekommt ein stabileres Fundament und kann sich fachlich ausdifferenzieren und professionalisieren.

Das Gesagte gilt auch für die Einführung und Ausgestaltung des Programms Soziale Stadt in Hessen. Die besondere Qualität, die wir in unserem Bundesland haben, wären ohne das besondere Engagement von Herrn Raabe und seinen im nachfolgenden Kolleginnen Frau Dr. Jäger, Frau Munsch-Werle und Frau Enk im Städtebauministerium nicht möglich geworden.

5. 1975-1995: Ausdifferenzierung der Arbeit – Entwicklung von Standards der Stadtteilarbeit – Erfolge durch Brennpunkterlass und Sanierungsprogramm

In den Jahren zwischen 1975 und 1995 entstehen oder etablieren sich etliche Standards, Neuerungen, die auch heute noch zentrale und sinnvolle Grundlagen der Arbeit in den Quartieren sind:

- a. Es wird schnell deutlich, dass die Unterstützung der Kinder alleine nicht ausreicht, um ihre Zukunftschancen zu verbessern. Die Elternarbeit wird verstärkt. Zu den Arbeitsfel-

dern wie Vorschularbeit, sozialpädagogische Schülerhilfen, offene Jugendarbeit kommen Erwachsenenarbeit mit Sozialberatung und allen Arten der Zielgruppen- und Bildungsarbeit hinzu.

- b. Es wird erkannt, dass die Gesamtentwicklung der Quartiere verstärkt in den Blick genommen werden muss. Die örtliche Gemeinwesenarbeit wird ausgebaut. Es gilt in erster Linie die Verhältnisse zu ändern, nicht das Verhalten der Menschen. Netzwerkstrukturen und Gremien in den Stadtteilen werden aufgebaut.
- c. Lange Zeit wird die Bildungsfähigkeit der Menschen in Frage gestellt. Die LAG entspinnt dazu eine intensive Debatte um ein neues Bildungsverständnis. Das LAG macht deutlich, dass bei Berücksichtigung der besonderen Fähigkeiten und der Lebenshintergründe der Jugendlichen und Erwachsenen in den Siedlungen - trotz der schwierigen Rahmenbedingungen- Bildung selbstverständlich gelingt. Vor diesem Hintergrund sind insbesondere die Frauen- und Jugendbildungsarbeit der LAG entwickelt worden. Und was damals galt, gilt auch heute noch.
- d. Ein neues Bewusstsein „Gemeinsam sind wir stark“ hat sich in den Siedlungen, aber auch durch den landesweiten Zusammenschluss entwickelt. Landesweiter Erfahrungsaustausch wird etabliert. Erste Bewohnertagungen veranstaltet, Wissen wird geteilt und gemeinsame Lobbyarbeit

betrieben. Aufrufe und Positionspapiere werden gegenüber Politik und Öffentlichkeit erarbeitet/formuliert. Für soziale Gerechtigkeit wird sowohl in den Siedlungen als auch auf Landesebene, auf die Straße gegangen. Es wird für mehr finanzielle Zuwendung gestritten und sich gegen Ausgrenzung gewehrt. Für viele waren dies große Aha-Erlebnisse: Armut und Obdachlosigkeit wurden jetzt nicht mehr als Eigenschicksal oder als selbstverschuldet hin- und wahrgenommen. Sondern es entstand ein Bewusstsein, dass ein gesamtgesellschaftlicher Handlungsbedarf vorhanden ist, benachteiligte Strukturen in Verwaltungen, Schule, sozialen Sicherungssystemen, Wohnungsmarkt oder Arbeitsleben abzubauen sind. Auch aktuell müssen wir alle gemeinsam, darauf achten und hinarbeiten, dass die weiterhin vorhandenen Ausgrenzungsmechanismen aufgedeckt und eine gelebte Solidarität den Einzelnen stärken kann.

- e. Bald wurde auch offensichtlich: Sozialarbeit alleine kann keine grundlegenden Veränderungen bewirken. Es braucht auch dringend vernünftige Wohnungen. Statt Schlichtbauten den Standard des sozialen Wohnungsbaus. Hier wurden nicht nur Sonntagsreden gehalten, sondern dass Land hat auch in vorbildlicher Weise gehandelt. Es wurde ein entsprechendes investives Förderprogramm „Sanierung von Unterkünften, Einfachst- und

Schlichtwohnungen zur Unterbringung von Obdachlosen“ (1984-1998) aufgelegt. In den Quartieren mit Sanierung wirkt erstmals das Zusammenspiel zwischen baulichen und sozialen Maßnahmen, wie wir es heute aus der Sozialen Stadt kennen. Es kann insofern zu recht festgestellt werden, dass die hier erzielten Erfolge der Türöffner für das später so erfolgreiche Programm waren. Wenn man die hessischen Leitlinien zum Programm aus dem Jahr 2000 liest, wird man unschwer die zahlreichen Einflüsse aus der Brennpunktarbeit erkennen.

Das gemeinsame Wirken der Förderungen aus dem Hessischen Brennpunkterlass (1973-2003) und das Sanierungsprogramm (1984-1998) führt in Hessen zur Auflösung fast aller Obdachlosenunterkünfte und zur Umwandlung der klassischen Sozialen Brennpunkte zu weitgehend normalen Wohngebieten. U.a. die Verringerung der Sonderschulquoten, weniger Heimunterbringungen, der Rückgang von Jugendkriminalität und Vandalismus sind deutliche Zeichen des Erfolges.

Mit den Erfolgen in den „klassischen“ sozialen Brennpunkten kommen ab Mitte der 90iger neue gefährdete Stadtteile in den Blick. Die Zuwanderung und neue Armut in breiteren Schichten der Bevölkerung führen zu sozial und ethnisch segregierten Quartieren. In diesen Stadtteilen, die aufgrund verdichteter Ar-

mutslagen und hoher Arbeitslosigkeit vom Abstieg bedroht sind, sind präventive Ansätze zur Stabilisierung (u.a. Marburg-Richtsberg, Dietzenbach) gefragt. Mit ihrer Erfahrung wendet sich die LAG zunehmend der Präventionsarbeit in diesen Quartieren zu. Im Jahr 1997 wird von der LAG das Netzwerk HEPNEST (Hessisches Projektnetz Stadtteilmanagement) als Vorläufer zur späteren Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS) initiiert. In vier hessischen Stadtteilen (Dietzenbach, Gießen, Frankfurt, Darmstadt) werden erste Quartiersmanagements eingerichtet. Diese Erfahrungen fließen unmittelbar in die Ausgestaltung des Programms Soziale Stadt ein.

6. Kahlschlag durch Operation sichere Zukunft

Bei allen geschilderten Erfolgen darf natürlich in einem solchen Rückblick nicht ein besonders düsteres Kapitel vergessen werden: Die sogenannten „Operation sichere Zukunft“. Ende 2003 kündigte die Landesregierung umfängliche Einsparungen an. Von der damit verbundenen Kürzungswelle waren die unterschiedlichsten Bereiche betroffen: Polizei, Forschung, Bildung und soziale Arbeit. Der Arbeit in Sozialen Brennpunkten wurde alle Mittel des Sozialministeriums entzogen. Über Nacht entfallen wurden mehr als 6 € Mio. für Gemeinwesenarbeit, Sozial- und Jugendarbeit, Schuldnerberatung und anderen Beratungsleistungen in den Stadtteilen gestrichen. Für die Arbeit in der Geschäftsstelle der LAG entfallen ca. 500.000 €. Um eine In-

solvenz zu vermeiden, erhalten alle 15 MitarbeiterInnen die Kündigung. Die Bereiche Lokale Beschäftigung, Soziale Sicherung, Frauenbildungsarbeit, Wohnraumversorgung, das Rockmobil müssen eingestellt werden. Ein umfangreiches Erfahrungswissen und aufgebaute Kompetenzen zur Arbeit in Sozialen Brennpunkten in Hessen gingen damit unwiederbringlich verloren.

Inhaltlich und fachlich wurde diese unverantwortliche und brutale, weil in seinem Umfang extrem zerstörerische Kürzung, nie wirklich begründet. Die verkündete zukunftssichernde Wirkung erschloss sich weder den betroffenen Menschen noch den unterstützenden sozialen Netzen. Kürzungen in den ohnehin schon von Armut betroffenen Quartieren als Zukunftssichernd zu betiteln, zeugte schon von einer besonderen Art des Zynismus. Die Auswirkungen in den betroffenen Quartieren und beim Landesnetzwerk sind noch heute zu spüren.

Alles Argumentieren und Protestieren – Hessen erlebte mit 10.000 bis 30.000 Teilnehmerinnen die größten Demonstrationen seit den Protesten zur Startbahn West – trafen letztendlich auf taube Ohren. Ein ähnlich unbegründetes Streichkonzert mussten wir bei den Kürzungen zur Sozialen Stadt 2010 erleben, wo zunächst über 70% der Finanzmittel gekürzt wurden und die Arbeit massiv gefährdet haben. Hier scheint immerhin der Protest zu einem Einsehen und einer Trendwende geführt

haben. Die Bundesregierung hat für 2014 so viele Mittel für soziale Stadtteilentwicklung angekündigt, wie noch nie zuvor in der Geschichte der Sozialen Stadt.

Der drastische Einschnitt durch den sozialen Kahlschlag der Regierung Koch erzwang einen fast kompletten personellen Neuanfang. Es war eine sehr schwierige Phase, in der der Verein und seine Geschäftsstelle um seine Existenz kämpfen mussten. Insofern möchte ich an dieser Stelle meinen ganz besonderen Dank an die Bewohnerinnen und Bewohner, die Kolleginnen und Kollegen, die in dieser Zeit die Verantwortung im Vorstand übernommen haben und diese Aufgabe erfolgreich gemeistert haben. Namentlich möchte ich hier nur stellvertretend Christina Hey, Jürgen Eufinger, Dirk Scheele, Jeannette Dorff, Peter Schmitt diel und für die BewohnerInnen Christel Butzbach, Marlies Engel und Peter Sommer nennen.

7. Soziale Stadt und Neuaufstellung der LAG

Mit den Streichungen der kompletten Mittel für die „klassischen Brennpunkte“ und ehemaligen Obdachlosensiedlungen war auch inhaltlich ein Umbruch verbunden. Es erfolgte zwangsläufig eine stärkere Orientierung am Programm Soziale Stadt, das als städtebauliches Leitprogramm noch verblieben war. Die Stabilisierung von Quartieren, die von sozialem Abstieg bedroht sind, stand seitdem im Vordergrund. Wie richtig, wichtig und er-

folgreich dieser präventive Ansatz ist, wissen wir alle die wir in den letzten Jahren an den positiven Entwicklungen in den Soziale-Stadt-Standorten mitgewirkt haben. Allerdings sollte auch nicht verschwiegen werden, dass allen anderen benachteiligten Siedlungen und Quartiere in Hessen, insbesondere die ehemaligen Brennpunkte sowie die Stadtteile mit überwiegend sozialem Handlungsbedarf von der Landesstrategien ausgeschlossen waren. Mit der finanziellen Kürzung wurde auch der sogenannte Brennpunkterlass nicht erneuert.

Unabhängig von den Kahlschlag-Auswirkungen hat sich die Rolle der LAG in den letzten 10 bis 15 Jahren deutlich verändert. Während in den 60er und 70er Jahre die LAG und ihre angeschlossenen Bewohnerinitiativen und GWA-Projekte oftmals die ersten und einzigen waren, die auf die Missstände in den Wohnquartieren hingewiesen haben, gibt es heute zumindest dort, wo eine staatliche Unterstützung vorhanden ist, einen wesentlich breiteren Konsens, dass sozialräumliche Ausgrenzung verhindert werden muss.

In den 70er Jahren wurden Kommunalverwaltungen, insbesondere Ordnungs- und Sozialbehörden, oder auch die Wohnungsunternehmen aufgrund ihrer sehr restriktiven Ausgrenzungspolitik als natürliche Gegner angesehen. Aufgrund der vorherrschenden Einweisungsmaßnahmen in Notunterkünften und soziale Brennpunkten war diese Haltung nicht unbegrün-

det. In den vergangenen Jahren haben sich aus der ehemaligen Gegnerschaft zunehmend Partnerschaften gebildet, in denen weniger die politische Skandalisierung benötigt wird, sondern die fachliche Unterstützung und Beratung, wie man erfolgreich ausgrenzende Lebenssituationen überwinden kann, im Vordergrund steht. Die LAG ist heute selbstverständlicher Partner in strategischen Entwicklungspartnerschaften.

Mit ihrem Erfahrungswissen ist die LAG daher auch folgerichtig als zentraler Akteur eingebunden in die Gesamtstrategie der sozialen Stadtteilentwicklung in Hessen. Als Teil und Partner in der Servicestelle HEGISS kann sie wichtige Impulse setzen bei der Umsetzung der Programmphilosophie der Sozialen Stadt. Sie ist Garant dafür, dass die Standards von bewohnernaher Aktivierung und Beteiligung in Stadtteilentwicklungsprozessen Berücksichtigung finden, dass nicht nur in Steine, sondern auch in die Menschen investiert wird. Sie stärkt das Bewusstsein, dass bei der allseits gewollten Beteiligung an politischen Prozessen, zunächst eine entsprechende Bildungsarbeit sowie niedrigschwellige Beteiligungsgremien Voraussetzung ist.

Als örtlicher Träger der Stadtteilarbeit in Frankfurt habe ich die mit ihren ureigenen Stärken, der qualifizierten Beratung, der landesweiten strategischen Vernetzung und des Erfahrungsaustausches:

- Bei der Umsetzung der sozialen Modellvorhaben zur Sozialen Stadt in Hessen, bei denen die Akteure von der qualifizierten Beratung und inhaltlichen Abwicklung, der LAG profitiert haben,
- als wichtiger Initiator, Impulsgeber und Organisator des Bündnis für eine Soziale Stadt in Hessen. Hier ist es gelungen, mit dem Zusammenführen von über 25 Kommunen, Wohnungsunternehmen, sozialen Verbänden und Initiativen, deutlich zu machen, dass nicht nur ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, sondern auch die Fortführung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderung in benachteiligten Stadtteilen benötigt wird. Das Bündnis zeigt, dass die Verantwortung für die Schwächeren in der Gesellschaft in vielen Kommunen gesehen wird und sorgt dafür, dass auch auf Landesebene die notwendige Aufmerksamkeit erhält.
- Im letzten Sommer war ich zu Gast beim jährlichen Landesbewohnertreffen der LAG, bei dem sich aus vielen hessischen Kommunen engagierte BewohnerInnen, aber auch GWAler und Planer austauschen, um sich für die Arbeit in ihren eigenen Stadtteilen, Anregungen, Impulse und Motivation zu holen. Hier wird die langjährige Tradition des gemeinsamen Lernens von Stadtteilbewohner und Profis

fortgeführt und ist immer spannend, lebendig, lehrreich wie 30 oder 40 Jahren.

8. Zukunftsaufgaben und Wünsche

Die Beschäftigung mit der Geschichte der LAG und der Sozialen Brennpunkten in Hessen zeigt, dass es immer wieder neue Herausforderungen zur Überwindung sozialräumlicher Ausgrenzung gibt, auf die reagiert werden muss. Wir werden aufgrund von Zuwanderung und Armut in unseren Städten und Gemeinden auch weiterhin Orte haben, die von der Konzentration benachteiligender Umstände besonders betroffen sind. Uns muss bewusst sein, dass wir nicht vor einem kurzfristigen Phänomen stehen, sondern es eine gesellschaftliche Daueraufgabe ist, benachteiligte Stadtteile zu entwickeln und die dort lebenden Menschen bei der Verbesserung ihrer Lebenschancen zu unterstützen. Programme, wie Soziale Stadt sind dabei wichtige Bausteine. Wir müssen uns aber im Klaren sein, dass es mehr braucht als befristete Modellförderungen und Projekte.

Wenn man heute durch eine Stadt wie Frankfurt geht, dann sieht man wieder verstärkt existenzielle Notlagen, von denen man eigentlich dachte, sie in Deutschland längst überwunden zu haben. Die Zuwanderung aus Südosteuropa, die neue Wohnungsnot, die fortschreitende Gentrifizierung, die Vertreibung

von Menschen aus ihrem angestammten Wohnumfeld, die zu beobachtende Zunahme der Obdachlosigkeit junger Menschen erfordert unsere höchste Aufmerksamkeit und solidarische Antworten auf diese neuen Entwicklungen. Wir müssen in diesem Zusammenhang darauf achten, dass wir nicht wieder eine Substandarddebatte bekommen und Schlicht- und Einfachstunterbringungen als Lösung propagiert werden. Neue Notunterkünfte oder sonstige prekäre Unterbringungsformen sind keine Alternative.

Wir leben in einer immer älter werdenden Gesellschaft. Die Stadtteile hingegen sind jedoch vergleichsweise noch sehr jung. Hier leben die Kinder- und Jugendlichen, die unsere Zukunft sind. Deshalb brauchen wir insbesondere in unseren Stadtteilen die besten Bildungsangebote, die besten Schulen, die besten Kindertagesstätten und die beste frühkindliche Förderung und die besten Jugendhäuser. In Anlehnung an das afrikanische Sprichwort: „Es braucht ein ganzes Dorf um ein Kind zu erziehen“ kann man heute sagen: Es braucht einen ganzen Stadtteil. In den Nachbarschaften müssen die negativen Faktoren, die ein gelingendes Aufwachsen behindern, beseitigt werden, Bürgerinnen und Bürger aus der Nachbarschaft für Patenschaften und Ehrenamt gewonnen werden, Schulen zu Ganztags- und Stadtteilschulen entwickeln. Auch das Jugendbildungswerk der LAG liefert sein seiner Entstehung vor 30 Jah-

ren hierzu Impulse. Die Arbeit zeigt nämlich sehr deutlich, dass durch passende Angebote, außerschulische Bildung oder die Beteiligung von Jugendlichen gelingen kann. Mittlerweile hat sich sogar ein Jugendbeirat in der LAG gegründet, in dem Jugendlichen selbst mitgestalten, welche Inhalte für sie wichtig sind und wie sie sich mit ihren Interessen aktiv einbringen können.

Die Zukunft ist in den Kommunen und Stadtteilen zu gestalten. Daher sind die Kommunen von Bund und Land hierfür entsprechend auszustatten, aber herauszufordernd, dass sie trotz Rettungsschirmen und Schuldenbremse die notwendigen Prioritätensetzungen für die Menschen am Rande der Gesellschaft trifft.

Wir müssen unsere Erfahrungen und Prinzipien auf andere ebenfalls abgehängte Stadtteile übertragen

Und zuletzt nochmal ein Appell. Dies alles ist nur in gemeinsamer Verantwortung und Koproduktion der verantwortlichen Akteuren zusammen mit den Menschen in den Quartieren schaffen.

„Bürgergesellschaft stärken - sWir wertschätzen das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger und wollen sie

stärker an den politischen Prozessen beteiligen. Wir fördern das gesellschaftliche Miteinander in einem Land, da wie kein zweites von seiner Internationalität und Vielfalt und damit von Respekt vor der Unterschiedlichkeit geprägt ist. Wir übernehmen Verantwortung für die Schwächeren in unserer Gesellschaft und setzen neue

Mit hohem ehrenamtlichem Engagement gelingt es bis heute, eine jährliche Frauenbildungsveranstaltung in Kooperation mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) aufrechtzuerhalten. Eine landesweite Vernetzung, die Vereins- und sowie Lobbyarbeit bringt die ehrenamtlich Engagierten im Verein durch die fehlende Landesunterstützung an ihre Grenzen. Zahlreiche Kooperationen mit anderen Landesverbänden und –netzwerken mussten aus zeitlichen Ressourcen eingestellt werden.

Den im Landesnetzwerk aktuell besonders engagierten, einen langen Atem und die Kraft sich weiterhin für diese wichtige Aufgabe einsetzen, den Menschen Mut und Kraft zu geben, dass sich Verhältnisse verändern lassen, manchmal nur im Kleinen, Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu entwickeln
Der Bürgergesellschaft die notwendige Toleranz, die offenen Augen und Ohren sich mit den schwächsten in der Gesellschaft

zu solidarisieren, und sich gegen neue Entwicklungen in der Wohnungsnot und der existenziellen Armut entgegen zusetzen

Der LAG die Kraft und die Stärke, dass sie auch weiterhin auf notwendige Veränderungen hinweist, Maßnahmen einfordert

In der Partnerschaft mit dem Land wünsche ich der LAG Landespolitik wünsche ich die Weitsicht

Die LAG hat in den vergangenen Jahren vielen Menschen Mut und Selbstbewusstsein gegeben, viele Kinder und Jugendlichen haben bessere Perspektiven erhalten, menschenwürdige Wohnverhältnisse wurden geschaffen, die individuellen Handlungsmöglichkeiten erweitert, politisches Bewusstsein und Verantwortung gestärkt. Bürgerinnen und Bürger haben für schlechtergestellte BürgerInnen

Mit dem aktiven Zugehen auf die Bewohnerinnen und Bewohner in den Quartieren der Sozialen Stadt ist Erstaunliches gelungen. Überall konnten Menschen ermutigt und gewonnen werden, sich mit ihren Ideen und Ressourcen im Stadtteil zu engagieren. Ohne dieses vielfältige, oftmals ehrenamtliche Engagement wären die erzielten Erfolge nicht möglich gewesen. Der Einsatz der Bewohnerinnen und Bewohner für ihren Stadtteil – unter den oftmals erschwerten Bedingungen in den Quartieren – verdient eine hohe Anerkennung und Respekt.